

Entwurf zum Haushaltsplan 2026/2027

Im Bayerischen Landtag wurde der Haushaltsentwurf für 2026/2027 Ende November 2025 vorgestellt. Die Staatsregierung plant trotz der schlechten Finanzlage für die Jahre 2026 und 2027 mit einem Haushalt ohne neue Schulden. Insgesamt soll der Doppelhaushalt auf rund 168 Milliarden Euro anwachsen. Für nächstes Jahr sind aktuell 84,6 Milliarden Euro eingeplant, für 2027 83,4 Milliarden Euro. Die Ausgaben für Bildung und Forschung steigen weiter deutlich an und bilden mit insgesamt rund 59,5 Mrd. € den größten Ausgabenblock im Staatshaushalt (rd. 35,4% des Gesamthaushalts).

Dafür greift die Staatsregierung in die eigenen Rücklagen. Außerdem soll an vielen Stellen gespart werden. So soll es **keine neuen Stellen** für Ministerien oder die Staatskanzlei in 2026 geben, auch bei den Ausgaben in den Ressorts sollen je 5 Prozent gestrichen werden.

Parallel dazu sollen bis 2028 1.000 Stellen in der Verwaltung sozialverträglich abgebaut werden. Sparen wollen CSU und Freie Wähler außerdem bei Bayerns Beamten: Künftige Tarifsteigerungen im Öffentlichen Dienst sollen nicht mehr direkt übernommen werden, sondern erst mit einer **Verzögerung von sechs Monaten**.

Stellenmoratorium 2026

Wegen des Stellenmoratoriums in 2026 sind trotz steigender Schülerzahlen in allen Schularten erst 2027 neue Stellen an Schulen vorgesehen. Nach den Berechnungen des BLLV fehlen somit über 2.000 Stellen an Bayerns Schulen in allen Schularten. Dem Einstellungsstopp geschuldet, fehlen – trotz der Initiative des KM „Weiterentwicklung der Mittelschulen“ allein an Bayerns Mittelschulen 535 Stellen. Der BLLV hat diese Entscheidung der Staatsregierung mehrfach deutlich kritisiert.

Nach massiven Protesten des BLLV: Für 2026 und 2027 kündigt die Staatsregierung dann nach dem Einstellungsstopp für 2026 durch das Stellenmoratorium für das Folgejahr 1500 neue Lehrerstellen und 400 Stellen für multiprofessionelle Teams an. Was da für 2027 geplant ist, kann also nicht ansatzweise den Bedarf von zwei Jahren für alle Schularten decken.

Stellenhebungen 2027

Ein großer Erfolg des BLLV ist die Fortführung des Haushaltstitels 6 i, der Mittel für Stellenhebungen in allen Schularten zur Verfügung stellt. Schon in den Haushalten 2023 und 2025 konnten 17 Mio. € bzw. 5 Mio. € für Stellenhebungen in den verschiedenen Schularten erkämpft werden. Der Einzelplan 06 (KM) sieht in 2027 nun 2.082.000 € vor. Die Verteilung auf die Schularten erfolgt leider erst zeitnah.

Einzelplan	Jahreskosten	Einzelplan	Jahreskosten
02	37 000 €	09	200 000 €
03	3 332 000 €	10	167 000 €
04	1 111 000 €	11	30 000 €
05	2 082 000 €	12	198 000 €
06	1 725 000 €	14	78 000 €
07	55 000 €	15	690 000 €
08	270 000 €	16	25 000 €

Gemeinsam für faire Einkommen

Am 11. November 2025 hat die Bayerische Staatsregierung die Eckpunkte für den Doppelhaushalt 2026/2027 beschlossen. Im Zuge dessen hat Ministerpräsident Söder neben weiteren Sparmaßnahmen im Personalbereich angekündigt, dass eine zeitliche Verschiebung der Übertragung der Ergebnisse der Tarifverhandlungen der Tarifgemeinschaft der Länder auf den Beamtenbereich um 6 Monate geplant ist. Das darf so nicht passieren! Der Dachverband des BLLV (BBB) hat deshalb im Rahmen der TV-L-Einkommensrunde 2025/26 eine Online-Petition gestartet, in der wir fordern: Faire Einkommen für alle – auch für den Beamtenbereich!

Die Ankündigung, die erfolgte, bevor die Tarifverhandlungen überhaupt aufgenommen wurden, missbilligen wir mit dieser Petition zutiefst. Wir appellieren an die Abgeordneten des Bayerischen Landtags, sich diesem Vorschlag energisch entgegenzustellen und nicht zuzulassen, dass dieser umgesetzt wird oder sich in negativer Weise auf die Tarifverhandlungen auswirkt. Sie greift in nicht gerechtfertigter Weise in die Tarifautonomie ein, schwächt den öffentlichen Dienst unzumutbar, indem Sie Motivation dämpft, Nachwuchs abschreckt und die Solidarität unter den Beschäftigtengruppen torpediert. Eine Verschiebung würde einen einzelnen Berufsstand ohne sachlichen Grund von der allgemeinen Einkommensentwicklung abhängen und ließe die Sparbeiträge, die die Beamten bisher erbracht haben, gänzlich außer Acht.

Wir fordern: Steht zu uns! >> PETITION UNTERSCHREIBEN UNTER: www.change.org/stehtzuuns

Wir erwarten von den bayerischen Abgeordneten, für eine zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses zu stimmen. Wir bitten sie, die bisherige Linie Bayerns fortzuführen und sich verantwortungsvoll für einen starken öffentlichen Dienst einzusetzen!

An alle Beschäftigten und Unterstützer des öffentlichen Dienstes: Eure Unterschrift für faire und gerechte Einkommen für alle!

Digitale Ausstattung

Der Staat unterstützt die Gemeinden, Schulverbände, Landkreise und Bezirke durch Zuweisungen zu den notwendigen Kosten der Investitionen in die schulische digitale Infrastruktur. Dazu werden für die Gebäude-Digitalinfrastruktur, für mobile Endgeräte sowie für digitale Bildungsmedien und KI-Anwendungen Pauschalbeträge je Schülerin und Schüler und Haushaltsjahr entsprechend folgender Tabelle gewährt.

Nr.	Schulart	Gebäude-Digitalinfrastruktur	Mobile Endgeräte	Digitale Bildungsmedien und KI- Anwendungen
1.	Grundschule	45,40 €	59,40 €	4,68 €
2.	Mittelschule	69,88 €	46,54 €	11,06 €
3.	Förderzentrum (JhgsSt 1 bis 6)	94,16 €	94,78 €	6,67 €
4.	Förderzentrum (JhgsSt 7 bis 10)	94,16 €	140,29 €	15,08 €
5.	RS, Gym., Schule besond. Art gemäß Art. 122 Abs. 1 BayEUG	42,84 €	39,55 €	11,44 €
6.	Realschule zur sonderpäd. Förderung	100,83 €	66,52 €	13,11 €
7.	Abendrealschule, Abendgymnasium, Kolleg	72,99 €	107,99 €	13,53 €
8.	Wirtschaftsschule (JhgsSt. 5 und 6)	61,97 €	64,59 €	7,28 €
9.	Wirtschaftsschule (JhgsSt 7 bis 11)	61,97 €	31,19 €	13,26 €
10.	Berufsschule	89,94 €	61,10 €	9,48 €
11.	Fachoberschule, Berufsoberschule	50,07 €	65,02 €	7,30 €
12.	Berufsfachschule, Fachschule, Fachakademie	104,20 €	86,92 €	11,13 €
13.	Berufliche Förderschule	161,17 €	83,14 €	10,84 €

Quelle: <https://www.stmfh.bayern.de/haushalt/20262027e/haushaltsplan/>